

16. Landtag von Baden-Württemberg, 85. Sitzung

Donnerstag, 20. Februar 2019, 10:00 Uhr

Rede

Sprecherin für Kirchenpolitik

Sylvia Felder MdL

zu

**Ethikunterricht an baden-württembergischen
Schulen für alle Klassenstufen ausbauen**

Es gilt das gesprochene Wort.

Sylvia Felder MdL:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit. Sachlage ist: Immer weniger Schülerinnen und Schüler besuchen den Religionsunterricht. Kirchenaustritte, der Rückgang des christlichen Bekenntnisses, der mit Personalmangel begründete Rückzug der Kirchen aus vielen Bereichen – ich füge hinzu, der uns schmerzt – führt dazu, dass immer weniger Schülerinnen und Schüler am Religionsunterricht unserer christlichen Konfessionen

teilnehmen. Die Zahl der Konfessionslosen steigt. Lassen wir nicht zu, dass daraus Orientierungslosigkeit oder ein Verlust an Werten wird!

Da bröckelt etwas in unserer Gesellschaft, da bröckelt etwas in unserer Bildungslandschaft.

Unsere Seismografen schlagen an. Dem müssen wir entgegenhalten. Das tun wir, indem es keine weißen Flächen geben darf, wenn es darum geht, unseren Schülerinnen und Schülern durch Religionsunterricht und Ethikunterricht Orientierung zu geben.

Man kann – bedauerlich genug – aus der Kirche austreten, aber nicht aus den Werten, die unser Zusammenleben braucht.

Man kann seine Konfession aufkündigen, aber nicht den Grundlagenvertrag unserer Gesellschaft. Deswegen muss die Schule diejenigen einfangen, die sich mit der Abmeldung aus der Kirche aus dem Religionsunterricht ausladen. Dafür sieht das Schulgesetz das Fach Ethik vor, und zwar verpflichtend. Diese Verpflichtung steht sozusagen auf der Rückseite des Kündigungsschreibens an die Kirchen.

Wir sagen Ethik, und wir meinen die Vermittlung des Menschenbilds, das Freiheit atmet und Mitmenschlichkeit, das Respekt vor dem anderen vermittelt und sich mit den Grundfragen unseres Zusammenlebens befasst.

Ich füge hinzu: Religion und Ethik werden mehr und mehr wichtig werden, weil wir jeden Tag mit ansehen müssen, wie das Recht des Stärkeren greift, wie Raubbau an der Kultur der Mitmenschlichkeit betrieben wird.

Die christlichen Konfessionen können mangels Mitgliedschaft dies nicht mehr im notwendigen Maß leisten, also muss der Staat diese Lücke füllen; eine Lücke darf hier gar nicht erst entstehen.

Wir erfüllen damit nichts weniger als den Auftrag unserer Landesverfassung. In Artikel 1 Satz 1 steht:

Der Mensch ist berufen, in der ihn umgebenden Gemeinschaft seine Gaben in Freiheit und in der Erfüllung des christlichen Sittengesetzes zu seinem und der anderen Wohl zu entfalten.

Es geht also um den Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Im Durcheinander unserer Zeit brauchen wir einen Kompass. Nichts weniger als das ist die Aufgabe des Ethikunterrichts. Dafür werden wir Schritt für Schritt die notwendigen Maßnahmen umsetzen.

Ethikunterricht ab Klasse 7 des Gymnasiums und ab Klasse 8 an den anderen Schulen ist bereits Standard. Ab dem kommenden Schuljahr werden wir den Ethikunterricht weiter ausbauen, und zwar in den Klassen 7, 6 und 5. Das ist Beschlusslage. Pro Klassenstufe brauchen wir dafür 1 650 entsprechend fortgebildete Lehrkräfte. Zusätzlich sind pro Schuljahr 21 bzw. 114 Lehrerdeputate zu erwarten. Für den Doppelhaushalt 2019/2020 sind bereits 71 Deputate eingeplant. Für die Gesamtmaßnahme benötigen wir 299 zusätzliche Deputate – in Zeiten von Lehrerknappheit ein Kraftakt, dem wir uns stellen. Wir hätten uns allerdings gewünscht, dass hier in der letzten Legislaturperiode vorausschauender gehandelt worden wäre.

Drittens schreiben wir den Fachplan Ethik an der Grundschule bis zum Ende des Schuljahrs 2020/2021 fertig, um die angemessenen Inhalte zu haben, weil wir vorausschauend handeln.

Darüber hinaus haben wir auch ein Konzept entwickelt, wie wir den Unterricht in islamischer Religion integrieren. Denn auch die Lebenswirklichkeit der islamischen Konfessionen muss an unseren Schulen unter unserer Aufsicht beantwortet werden. Schritt für Schritt setzen wir um, was im Koalitionsvertrag vereinbart ist. Euro für Euro bilden wir diese Kosten im Bildungsetat ab. Ja, es sind zusätzliche Lehrerstunden, und ja, es sind zusätzliche Kosten. Aber Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokratie, hätten dies während ihrer fünfjährigen Regierungsbeteiligung ruhig beginnen können. Denn die Kosten der Erosion der Konfessionen entstanden schon früher.

Lassen Sie mich aus einer Stellungnahme des Kultusministeriums aus dem Jahr 2012 zitieren:

Die bildungspolitische Schwerpunktsetzung hat jedoch zur Folge, dass andere, ebenso wünschenswerte Reformprojekte erst zu einem späteren Zeitpunkt in Angriff genommen werden können. Hierzu zählt auch der schrittweise Ausbau des Ethikunterrichts.

Meine Damen und Herren, wir, die CDU-Fraktion, unterstützen die vom Kultusministerium eingeleiteten Maßnahmen. Den Antrag der SPD lehnen wir aber ab.